

Der Markt im Osten

Alte und neue Legenden über eine ostdeutsche Fata Morgana

VON

Heiner Flassbeck

(Wirtschaft und Markt, September 2000)

Damals, als Ostdeutschland noch DDR hieß, hatte die Wirtschaft dieses Landes einen großen Absatzmarkt. Der lag im Osten. Von der Oder bis Wladiwostok lieferten die Kombinate der DDR Waren in Hülle und Fülle, die gern gesehen waren, weil sie im Vergleich zu den heimischen Produkten in diesen Ländern eine hohe Qualität aufwiesen und pünktlich geliefert wurden. Die DDR erhielt im Gegenzug aus diesen Ländern vor allem die Rohstoffe, aus denen sie ihre hochwertigen Güter fertigte. Das Besondere am Handel dieser Länder war nur, daß es ein staatlich kontrollierter und reglementierter Handel war, und daß von außen, also vom Westen, praktisch keine Waren in den östlichen Handelskreislauf gelangten. Als im Jahre 1989 die Grenzen zum Westen im gesamten Osten geöffnet wurden, hätten die Betriebe in der ehemaligen DDR ohne weiteres ihre preisgünstigen Produkte in den damals noch immer armen Osten liefern können, wäre der nicht wirtschaftlich vollkommen zusammengebrochen. Weil der Ostmarkt kollabierte, brach der wichtigste Markt für die im Grunde guten und für diesen Markt ganz besonders geeigneten ostdeutschen Produkte weg. Die Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft waren katastrophal: Arbeitslosigkeit und massenhafter Bankrott der Betriebe.

So oder ähnlich klingen die Legenden, die, landauf landab, in Ost wie in West erzählt werden. Die ehemaligen Direktoren und Arbeiter der Kombinate, deren Osthandel sich in Luft aufgelöst hat, erzählen sie mit Wehmut. Die ehemaligen Funktionäre der DDR erzählen sie mit Inbrunst. Die im Westen für die Einigung verantwortlichen Politiker und Technokraten erzählen sie mit all ihrer westlichen Überzeugungskraft und ohne Widerspruch zu dulden. Die Gewerkschaften sind fasziniert von der Idee, daß es nur der wegbrechende Markt und nicht die Löhne waren, und die Unternehmerverbände finden immer alles richtig, wenn nur die Unternehmer nicht für irgendetwas verantwortlich sind. Ist es nicht schön, wenn es ein Ereignis gibt, das keiner von uns beeinflussen konnte, und das im Grunde für das ganze Debakel verantwortlich ist: Der Zusammenbruch des Marktes im Osten. Und eine neue Legende läßt sich unmittelbar an die alte stricken. Wenn dereinst die Länder im Osten auf eigenen Füßen stehen können und Mitglied in den verschiedenen europäischen Clubs geworden sind, dann wird sich die ostdeutsche Wirtschaft auf die alten Stärken besinnen und angesichts ihrer hervorragenden geographischen Lage an der Oder den Markt im Osten bis Wladiwostok zurückgewinnen. Da muß man folglich jetzt gar nichts tun und vor allem gar nicht bange sein, es wird sich alles schon wieder richten, dem Osten sei Dank.

Jenseits der Legenden sehen die Dinge leider etwas anders aus. Da ist zunächst die schlichte Tatsache, daß der Markt im Osten gar kein Markt war, solange die ostdeutschen Betriebe dorthin erfolgreich lieferten. Als er aber ein Markt wurde, lieferten die ostdeutschen Betriebe nicht mehr. Auch - und das ist noch schlimmer für die Legenden - ist dieser neu entstandene Markt nie insgesamt zusammengebrochen. Kollabiert ist nur der staatlich reglementierte Handel zwischen den Ländern Osteuropas. Zwar sank das Bruttoinlandsprodukt nach dem Fall des eisernen Vorhangs in fast allen ehemaligen Planwirtschaften in einem unvorstellbaren Tempo. Für westliche Exporteure aber entstand in ganz kurzer Zeit ein neues Eldorado. Schließlich waren nicht nur die Bewohner der DDR, sondern auch die Menschen in den ehe-

maligen Partnerländern der DDR ausgehungert nach Waren, die westlichen Standards genügten. Folglich kratzten sie trotz Wirtschaftskrise die letzten Groschen in Hartwährung zusammen, um sich lange gehegte Wünsche zu erfüllen. Besonders für die Exporteure in Westdeutschland war das Gegenteil der Zusammenbruchslegende richtig: Für sie stieg dieser Markt im Jahre 1990 wie Phönix aus der Asche. Die Abbildung zeigt, daß im Jahre 1989 die ostdeutschen und die westdeutschen Unternehmen etwa gleich viele Waren in die östlichen Regionen Europas lieferten. Doch nach der Wende änderte sich das Bild in dramatischer Weise. Während die ostdeutschen Lieferungen einbrachen, erzielten die westlichen Exporteure exorbitante Steigerungsraten bei den Niedriglohnländern in der Transformation. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Zwar dürfte sich die Marktposition der ostdeutschen Unternehmen nach 1996 - des letzten Jahres, für das es nach Ost und West getrennte Zahlen gibt - gebessert haben, den mit Abstand größten Teil des enormen Marktwachstums im Osten aber haben die westdeutschen Unternehmen für sich verbuchen können.

Wie hätte es, bei ruhigem Nachdenken, auch anders sein sollen. Nach der Wende mußten die Güter aus Ostdeutschland überall auf der Welt mit harter Währung, mit D-Mark, bezahlt werden. Warum hätte ein polnischer Arbeiter oder ein polnisches Unternehmen mit seinen hart erarbeiteten Dollars die alten ostdeutschen Produkte kaufen sollen, die in Ostdeutschland selbst niemand mehr kaufte? Wer sich Kaufkraft in einer der harten westlichen Währungen beschafft hat und mit harter Währung bezahlen muß, der wählt bei seiner Kaufentscheidung unter den Produkten der ganzen Welt. Er urteilt nicht danach, ob er früher, in einem untergegangenen Regime, bestimmte Güter aus einem benachbarten sozialistischen Bruderland bezogen, nicht aber wirklich gekauft, hat. Noch abwegiger ist das Argument der „geographischen Nähe“. Als würde es im Zeitalter der Globalisierung, des Internet und minimaler Transportkosten für ein russisches Unternehmen einen Unterschied machen, ob es ein Produkt, ein hochwertiges zumal, in Frankfurt/Oder, Frankfurt/Main, Paris, London, New York oder Hongkong bestellt.

Wer in der globalisierten Welt seine Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, hat sie überall verloren. Daß fast alle ostdeutschen Unternehmen im Zuge der Entscheidungen über die deutsche Einigung und insbesondere über die Währungsunion ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, ist keine Frage. Die für diese Entscheidungen Verantwortlichen müssen die Verantwortung übernehmen, was immer das heißen mag. Der Markt im Osten taugt nicht als Generalentschuldigung für den wirtschaftlichen Verfall in den neuen Bundesländern und für die bis heute unbefriedigende Erholung. Wer darauf verweist, lenkt von eigener Verantwortung ab und sucht eine billige Ausflucht zur Erklärung seines Versagens. Derartige Rationalisierungsversuche könnte man kopfschüttelnd beiseite tun, wenn nicht die gleiche Spezies von Leuten schon dabei wäre, mit der neuen Legende über den zukünftigen Markt im Osten erneut den Grundstein für wirtschaftspolitisches Versagen zu legen.

Ostdeutschland hat heute schon den Status erreicht, den Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und alle anderen anstreben: Es ist Mitglied in der Europäischen Union einschließlich der Währungsunion. Bringt das Vor- oder Nachteile für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern? Nun, es bringt zunächst den unmittelbaren Vorteil direkter europäischer Hilfen aus den Regional- und Strukturfonds sowie in der Landwirtschaft. Es bringt aber den in der heutigen Welt für eine kleine offene Region nicht hoch genug einzuschätzenden Vorteil, stabile Währungsverhältnisse im Innern wie nach außen vorweisen zu können. Für die Bewertung einer Region durch internationale Investoren ist das ein gewaltiger Vorteil. Wer mit relativ niedrigen Löhnen werben und auf die Tatsache verweisen kann, daß ein Investor diese niedrigen Löhne unter völlig stabilen Rahmenbedingungen im größten Binnenmarkt der Welt nut-

zen kann, besitzt einen gewaltigen Vorteil gegenüber vielen anderen aufholenden Regionen. Ein nicht ungewöhnlicher Fall, gerade in Osteuropa, sind nämlich niedrige Löhne in einem Umfeld, das noch immer von Unsicherheit über den staatlichen Rahmen, von Korruption, mafïösen Strukturen und unklaren Währungsverhältnissen gekennzeichnet ist.

Die Tatsache, daß die Wirtschaft in Ostdeutschland ihre Vorteile bis heute nicht in einem Maße nutzen konnte, wie das viele erwartet hatten, zeigt, daß es von Anfang an offenbar Nachteile gab, die die Investoren abschreckten. Das rasche Aufholen der Löhne, also die Perspektive für die Investoren, nach der Wende in einem leicht überschaubaren Zeitraum vom Status eines Entwicklungslandes auf westdeutsches Niveau zu kommen, spielt auch dabei sicher eine herausragende Rolle. Wenn immer mehr Länder im Osten nun aber die Mitgliedschaft in den europäischen Institutionen anstreben und schließlich Mitglied werden, kann das für Ostdeutschland keine Vorteile bringen. Es werden dann nämlich wirkliche Niedriglohnländer den stabilen rechtlichen und monetären Rahmen erhalten, den die internationalen Investoren so schätzen. Wo werden sie investieren? Sie stecken schon im Vorfeld des endgültigen Eintritts ihre claims in den Niedriglohnländern ab und sind präsent, sobald sich der Beitritt auch nur abzeichnet. Und die europäischen Hilfen? Die werden die neuen Mitglieder mindestens in gleichem Maße wie die alten erhalten, oder - wenn das nicht finanzierbar ist - sie müssen für alle gekürzt werden.

Wie man es auch dreht und wendet, bei Licht betrachtet bleibt der Markt im Osten eine Fata Morgana. Viele Länder in Osteuropa werden Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden. Das muß man gerade aus der Sicht der ostdeutschen und der osteuropäischen Geschichte begrüßen. Diese Länder haben das gleiche Recht auf einen Stammplatz im europäischen Club wie die heutigen Mitglieder, sobald sie die nötigen Voraussetzungen erfüllen. Für Ostdeutschland wird es dann aber nicht leichter werden. Der europäische Markt wird in dem Maße größer wie es der Weltmarkt schon unmittelbar nach der Wende wurde. Er bleibt aber wie der Weltmarkt der gleiche unerbittliche Markt, auf dem man mithalten kann oder untergeht. Ob Ostdeutschland besteht, liegt in keiner Weise an seiner geographischen Lage, wie der Handel von West und Ost mit Osteuropa in den vergangenen 10 Jahren unmißverständlich gezeigt hat. Ob Ostdeutschland insgesamt besteht, liegt einzig und allein daran, ob es seine Wettbewerbsposition, also das Verhältnis der Löhne zur Produktivität, dem westlichen Standard anpassen kann. Nach allem, was geschehen ist, hängt das wiederum ausschließlich an der Bereitschaft aller Deutschen zu solidarischem Handeln und an der Bereitschaft der Politiker, dies einzufordern und durchzusetzen. Wer heute Hoffnungen auf die zukünftigen Chancen Ostdeutschlands auf dem Markt im Osten zu wecken versucht, wischt die gleichen Augen, in die er schon zuvor den Sand des Ostmarktes gestreut hatte.

Lesen Sie im nächsten Heft die letzte Folge dieser Serie, in der sich Heiner Flassbeck fragt, was „Chancengleichheit“ für Ostdeutschland bedeutet, und ob diese Gesellschaft überhaupt zu solidarischem Handeln fähig ist.